Veranstaltungsbericht

The Role of Insurgent Citizenship in Transforming Cities for Climate Justice: The Case of Indonesia (Berlin, 25.09.24)

*Referent*innen: Dr. Elisa T. Bertuzzo, Stadtethnografin und Dr. Prathiwi Widyatmi Putri, Marie Sklodowska-Curie Postdoctoral Fellow, Universität Kassel*

Moderation: Sheena Anderson, Klimagerechtigkeitsaktivistin und Politikwissenschaftlerin

Anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Urbanisierung, Klimakrise und zivilgesellschaftliche Initiativen in Indonesien" veranstaltete Watch Indonesia eine Podiumsdiskussion mit der Stadtethnografin Elisa T. Bertuzzo sowie der aus Indonesien stammenden Raumplanerin Prathiwi Widyatmi Putri. Die Veranstaltung widmete sich der Rolle der „Insurgent Citizenship" – aufständisches Bürgertum – bei der Transformation von Städten angesichts des Klimawandels – mit einem besonderen Fokus auf Indonesien, wo die Klimakrise mit sozialer Ungleichheit und Stadtentwicklungsprojekten kollidiert.

Das von dem amerikanischen Anthropologen James Holsten stammende Konzept der „Insurgent Citizenship" beschreibt, wie Bürgerinnen und Bürger, insbesondere in Entwicklungsländern und autoritären Kontexten, sich aktiv gegen Ausschluss, soziale Ungleichheit und staatliche Repression zur Wehr setzen und durch direkte Aktionen und widerständige Praxen ihre Bürgerrechte einfordern und Städte aktiv mitgestalten.

Aufständisches Bürgertum für eine sozial-ökologisch gerechte Stadt: Einblicke aus Jakarta

Prathiwi Widyatmi Putri, die als Postdoc an der Universität Kassel zum Thema Wasser Governance forscht, eröffnete die Diskussion mit einem Gedicht des berühmten indonesischen Schriftstellers WS Rendra. In seinen literarischen Arbeiten hebt Rendra oft die enge Beziehung zwischen Mensch und Wasser in Indonesien hervor. Diese einst symbiotische Beziehung sei jedoch laut Prathiwi Widyatmi Putri durch die Stadtplanung, die auch durch Kolonialisierung geprägt wurde, empfindlich gestört worden. Die Küstenstädte haben sich durch Trockenlegung und Entwässerung sowie durch die Begradigung von Flüssen erheblich verändert. Technologischer Misserfolg tritt ein, wenn Städte ohne die Mitwirkung der Bevölkerung geplant oder Lösungen für städtische Herausforderungen entwickelt werden. Solche Ansätze können soziale Ungleichheit verstärken und ökologische Probleme verschärfen.

Vor allem Bewohner*innen informeller Siedlungen – häufig an den Flüssen oder in Küstennähe gelegen - wurden im Zuge von Modernisierungsprojekten, Flussbegradigungen oder Uferbefestigungen Opfer von Zwangsräumungen. Auch die urbanen Ökosysteme seien dadurch in Mitleidenschaft gezogen worden.

Die Folgen dieser Eingriffe sind in Jakarta und vielen anderen Küstenstädten Indonesiens bis heute sichtbar und verschärften sich mit dem Fortschreiten des menschengemachten Klimawandels. Regelmäßig ist Jakarta von großflächigen Überschwemmungen betroffen und Küstengebiete drohen infolge von Bodenabsenkung und gleichzeitig steigendem Meeresspiegel zu versinken. Gleichzeitig leidet vor allem die ärmere Stadtbevölkerung unter Wasserknappheit und fehlendem Zugang zur Trinkwasserversorgung. Das Versprechen der „Modernisierung" hat sich nur für einen privilegierten Teil der Bevölkerung realisiert.

In diesem Kontext kommt die "aufständische Bürgerschaft" zum Tragen. In Jakarta formierte sich Widerstand gegen Zwangsräumungen und Bürger*innen setzen dem von Oben verordneten Modernisierungsparadigma eigene Konzepte für städtisches Wohnen entgegen. Sie organisierten sich und entwickelten gemeinsam alternative Formen des Wohnens und Zusammenlebens, die besser auf ihre Lebensrealität zugeschnitten ist. Genossenschaftlich verwaltete Wohnkomplexe sind entstanden, die auf die Bedürfnisse ihrer Bewohner*innen Rücksicht nehmen.

Im Kampung Bukit Duri, wo einige Bewohner*innen für Flussbegradigungsprojekte zwangsräumt wurden, hielten die verbleibenden Bewohner*innen ihre Erinnerungskultur lebendig. Im Rahmen eines Kunstprojekts entstand ein Wandgemälde entlang des Flusses, das das Leben vor den Zwangsräumungen eindrucksvoll festhält.

Diese aufständischen Praktiken entstanden aus einem Akt der Notwehr – als Antwort auf die ungerechte Stadtentwicklung – und stellen zugleich einen Einsatz für soziale und ökologische Lösungen des Wohnrechts in der Stadt dar. Sie repräsentieren die Praxis einer radikalen Demokratie in der Stadtentwicklung. Solche Praktiken ermöglichen es den marginalisierten Bewohner*innen auf Herausforderungen zu reagieren, sie zu bewältigen und neue Lebens- sowie Arbeitsräume zu schaffen. Diese Form der Demokratie müsse gestärkt werden, was weltweit eine große Herausforderung für Zivilgesellschaft und Politik darstellt.

Die Macht und Grenze des aufständischen Bürgertum

Elisa T. Bertuzzo, die intensiv zu Fragen der Selbstorganisierung marginalisierter Bevölkerungsgruppen in Dhaka/Bangladesch geforscht hat, sah zahlreiche Parallelen zwischen den beiden Städten. Auch in Dhaka seien vor allem ärmere Bevölkerungsgruppen von Stigmatisierung und Zwangsräumungen betroffen. Doch diese Formen der Marginalisierung und Stigmatisierung haben gleichzeitig einen Zusammenhalt der Bewohner*innen untereinander befördert.

Viele Stadtviertel in Dhaka waren von öffentlichen Dienstleistungen lange Zeit weitgehend abgeschnitten. So mangelte es an einer öffentlichen Wasserversorgung und die Bewohner*innen waren von unregelmäßigen und teuren Wasserlieferungen abhängig. Die Abwesenheit des Staates drückte sich auch in der fehlenden Präsenz der Polizei aus, die allenfalls die Slums betrat, um jemanden festzunehmen und sich sonst nicht zuständig sah, um in den irregulären Siedlungen für Sicherheit zu sorgen. Die Abwesenheit des Staates führte in dieser Situation zu einer Selbstorganisation der Bürger*innen, die eigenständig Sicherheitsstrukturen in ihren Vierteln aufbauten und Verfahren zur Streitschlichtung und Konfliktbeilegung etablierten. Durch Selbstermächtigung und -organisation ist es den Menschen gelungen, gemeinsam Druck auf die Behörden aufzubauen und das Recht auf den Zugang zu Wasser durchzusetzen.

„Insurgent Citizenship“ umfasst laut Elisa T. Bertuzzo viel mehr als „nur“ Protest und Rebellion gegen staatliche Autoritäten. „Insurgent Citizenship“ heißt, dass Probleme eigenständig angegangen und Lösungen erarbeitet werden, ohne ausschließlich auf das Handeln von Staat und Behörden zu warten.

Ähnliche Fälle lassen sich in vielen Städten der dekolonisierten und sich dekolonisierenden Welt finden. Diese Beispiele zeigen, dass durch gemeinschaftliche Aktionen und die Mobilisierung von Bürger*innen sozial ungerechte und klimaschädliche Stadtentwicklung, die häufig durch top-down Planungen und wirtschaftliche Interessen vorangetrieben werden – manchmal verhindert werden können.

Im Angesicht der globalen Herausforderungen des Klimawandels stößt aber das Konzept der „Insurgent Citizenship“ möglicherweise an seine Grenzen. Die verheerende Kraft ausbeuterischer wirtschaftlicher Praktiken ist so groß, dass diese nicht allein durch widerständige Bürgerinitiativen bewältigt werden kann. Vielmehr erfordert es eine tiefgreifende Transformation auf internationaler Ebene, die sowohl staatliche als auch gesellschaftliche Strukturen betrifft.

Nächste Schritte für globale Klimagerechtigkeit in der Stadtentwicklung

Beide Referentinnen betonten wie wichtig es sei, das Konzept der Bürgerschaft insgesamt neu zu denken und die Rechte aller Stadtbewohnerinnen, unabhängig von ihrem formalen Status, zu stärken. Sie sprachen sich für eine „radikale Demokratie der Stadtbewohner*innen“ aus, die auf aktiver Partizipation, Solidarität und der Anerkennung unterschiedlicher Lebensweisen und Wissensformen basiert.

In einer anschließenden lebhaften Diskussion mit dem Publikum wurde die Frage aufgeworfen, wie tragfähig das Konzept der Bürgerschaft angesichts der immer deutlicher werdenden Klimaveränderungen sei. Klimabedingte Migration übt zusätzlichen Druck auf Städte aus, die oft nicht in der Lage oder bereit sind, Migrant*innen aufzunehmen und Integrationsmöglichkeiten zu schaffen. Gerade vor diesem Hintergrund wurde betont, dass es wichtig sei, demokratische Mitspracherechte stärker von der Staatsbürgerschaft zu entkoppeln und allen Bewohner*innen, unabhängig von ihrer (nationalen) Herkunft, Partizipationsmöglichkeiten einzuräumen.

Aufständische Bürgerschaft kann soziale Räume in der Stadt erweitern, soziale Gerechtigkeit fördern und klimaneutrale urbane Umgebungen schaffen. Damit diese transformativen Bewegungen jedoch wirksam zur Klimagerechtigkeit in der Stadtentwicklung beitragen und den Klimawandel bekämpfen können, müssen sie entweder in politische Kräfte umgewandelt oder von der Politik aktiv unterstützt werden.

Die Veranstaltung fand statt im Rahmen des Projekts "Urbane Transformation sozial und global gerecht gestalten: Zivilgesellschaftliche Handlungsoptionen für klimaneutrale Städte am Beispiel Indonesiens."

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein Watch Indonesia! e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) wieder.

Gefördert durch Engagement Global mit Mitteln des: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Gefördert durch Stiftung Nord-Süd-Brücken mit Mitteln der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit, Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe BERLIN

Umverteilen! Stiftung für eine solidarische Welt

Gefördert durch: Brot für die Welt mit Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes

misereor GEMEINSAM GLOBAL GERECHT